

Der Weißenfels-Bericht-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Nelleste Zeitung des Bezirks

Belegpreis: Biertafelblatt 20 Pf. ohne Zug-
fragen. — Einzelne Nummern
20 Pf. — Fernsprecher: Und Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl-
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die jahresdurchschnittliche
Anzeigenfläche: 50 Pf., außerhalb des Kreis-
hauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur
von Behörden) die Seite 200 Pf.— Einzelanzeige und
Reklame 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jähne. — Druck und Verlag: Carl Jähne in Dippoldiswalde.

Nr. 64

Donnerstag den 17. März 1921

87. Jahrgang

Butter-Sperrwoche.

Um Rückerstattung der Bandesstelle ist die in dieser Woche in allen Überdruck-
kommunalverbänden vorhandene Butter zu Gunsten der Großstadt- und Industriebedürftig-
keit abzuliefern.
Als Ursprung für Butter wird den Gemeinden Schmalz nur auf besonderen Antrag
zugeweisen.
M IV.

Kommunalverband Dippoldiswalde, am 15. März 1921.

Freitag den 18. März 1921 abends 7 Uhr

Offizielle Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

Tagesordnung dient im Rathause aus.

Die Landessynode zur Kirchensteuerfrage.

In ihrer Abendstaltung vom Freitag, den 11. März nahm
die Synode in bedeutsamer Weise zu der gegenwärtig sehr
brennend gewordenen Kirchensteuerfrage Stellung, indem sie
einstimmig folgende Rundgebung erließ:

"Bei der erstmalsigen Besprechung der Kirchen-
steuer hat kirchenseitliche Agitation durch wilde Gerüchte
seine Bewirktigung in unserer Landeskirche hervorgerufen.
Durch möglichste Übertriebung wird versucht, die steuerpflichtig-
en Kirchengemeindemitglieder vor unerträglichen finanziellen
Belägen zuängeln und durch planmäßige Verunsicherung
zu veranlassen, sich durch den Rücktritt aus der Kirche der
kirchlichen Steuerpflicht zu entziehen.

Die Landessynode fordert alle Kirchenvertreter auf,
durch sachgemäße Ausklärung die notwendige Verhinderung
in den Gemeinden zu schaffen. Sie erwartet von allen
Kirchenmitgliedern, daß sie sich in keiner Weise
durch aufziehende Lügen beirren lassen, sondern ihrer Kirche
in erster Zeit die Treue halten und willig wie bisher
auch die notwendige Last der Kirchensteuer tragen, denen
durch die staatliche Gesetzgebung ein begrenztes Maß ge-
setzt ist und die daher auch häufig jedermann nur bestreit-
bare Anforderungen stellen werden.

Wenn aber die Staatsregierung bestätigt, die Steuer-
rechte der Kirche in Widerpruch mit der Reichsverfassung
und in Abweichung von § 17 des eben erst erlassenen
Wollungsgegesetzes zum Landessteuergebot zu schmälern und
durch eine unsoziale Gesetzgebung, besonders durch die Be-
festigung der Grund-, Grundbesitz- und Körperchafts-
steuer die kirchliche Steuerlast auf die Steuerpflichtigen
von geringer Leistungsfähigkeit abzuwälzen, so erhält die
Landessynode gegen diesen Eingriff in die verfassungs-
mäßigen Rechte der Landeskirche Einspruch und fordert
möglich alle Kirchengemeinden auf, ebenfalls ihre Stimme
gegen diese neue Vergewaltigung der Landeskirche zu er-
heben."

In der Begründung führte Kyn. Hofrat Reischl aus, daß
die Wertklinke der letzten Zeit einen solchen Wohlauf gegen
die Kirchenausstiftbewegung dringend nötig gemacht hätten,
während Kyn. Präsident DDr. Böhme u. a. besonders auf
das schwere Marterium hinwies, welches gegenwärtig
namenlich von manchen Kirchlichen Wirkern erbalten
werden müsse. Die vorliegende Rundgebung solle ermutigen
müssen.

Erläuterungen und Sonstiges.

a) Dippoldiswalde. (Tagesordnung zur 8. Sitzung der
Stadtverordneten zu Dippoldiswalde Freitag den 18. März
1921, abends 7 Uhr.) a) Offizielle Sitzung: Rennovatione
der Verbilligung eines Kostenbeitrages und von der
vertraglichen Abgabe des Gaswerkes Döhlen auf das Jahr
1920. — 2. Schluß um Verdauung von Grundstücken. —
Weitertrag mit der Ortsrentenkasse. — Vorlage, Erhöhung
der Handelssteuer. — Aufnahme eines Darlehns für die Zwecke
der Erwerbslosenfürsorge. — Haushaltspläne für die Hoch-
und Flurkasse, Müllerkasse, Handels- und Gewerbebehör-
delle und Städteverwaltung. — Vorlage, Vergütung an den
Schulrat. — Haushaltplan für die Wiederaufbaupolizei. —
Vorlage, Aufnahme eines Zuladungsbetrags für das städtische
Doppelmetzwerkhaus. — Anteilung einer neuen Behörde
für die Müllerschule. — Schulgebühren für Handels- und Ge-
werbebehörden. — b) Nichtöffentliche Sitzung.

b) — Bild dem Planieren des Platzes für die zu errichtende
Autobahn der Kraftwagenfabrik Dippoldiswalde — Grauenstein
— Cosda in der Nähe des Bahnhofs (hinter dem Altbahnhof)
wird jetzt begonnen werden. Die Halle ist bisanfällig seitens
des Kommunalverbandes eine Parade aus Heeresbeständen
erwachsen worden. —

In den letzten Tagen sind hier durch die Stadtsteuer-
behörde Befehle zu Steuererklärungen für die Verantragung
zur Reichseinkommensteuer für das Jahr 1920 und für die

Die Sitzung der Anabaptisten und Mährchenfortbildungsschule des Schulverbandes Altenberg
Grillig und Umgegend (Sig: Altenberg) ist gemäß § 2b des Gesetzes über Gemeinde-
verbände vom 18. 6. 1910 in Verbindung mit § 8, Abs. 2 des Überzugsgegesetzes für das
Vollschuljahr vom 22. 7. 1919 genehmigt worden und liegt beim Verbandsbezirksamt
in Altenberg zur Einsicht aus.

Dippoldiswalde, am 12. 3. 21.

316 K.

Das Bezirksamt.

Am Dienstag den 22. ds. Mts. abends 6 Uhr findet im Saale der "Reichskrone"
eine öffentliche Auftaktkundgebung über die Deklaration zur Verantragung für die Einkommen-
steuer für das Jahr 1920 statt.

Stadtrat Dippoldiswalde, am 16. 3. 1921.

Drucksaal für Gemeindebehörden fertigt Buchdruckerei Carl Jähne.

Beratung zur Kapitalertragssteuer den Steuerpflichtigen
zugestellt worden. Ein Anspruch der Steuerpflichtigen auf
Zustellung dieser Befehle besteht nicht. Sollten deshalb
einem zur Abgabe der Steuererklärungen verpflichteten diese
Formulare nicht zugänglich sein, so kann ihm nur empfohlen
werden, sich dieselben bei der heutigen Stadteuererstattung
oder beim Finanzamt abzuholen. Die Erklärungen sind
bis spätestens den 31. März 1921 bei der Stadteuer-
erstattung oder dem Finanzamt ausgefüllt einzureichen.
Das Räthe besagt die in Nummer 50 der Weiherib-Zeitung
abgedruckte öffentliche Aufforderung der Finanzämter Dip-
oldiswalde und Hohenau. Über die Ausfüllung der
Formulare findet am Dienstag den 22. ds. Mts. abends
6 Uhr im Saale des Rathauses "Reichskrone" eine öffentliche
Auftaktkundgebung statt, deren Bezug angeleitetlich empfohlen
wird.

Obercaldorf. Die Diebe, die hier bei Bädermeister
Klemm eingebrochen waren und einen größeren Posten
Schokolade entwendet hatten, sind in drei jugendlichen Per-
sonen aus Dippoldiswalde ermittelt worden.

Hermendorf (Erzg.). Zur Konfirmation singt Kantor
Anedel in der Kirche das Gebet von Hitler: „Herr, den ich
lieb im Herzen trage.“ Für die Nachlese, die nachmittags
auf dem Volksaufstand stattfindet, haben ihre Mitwirkung durch
Gesang, Declamation und Aufführungen gänzlich zugesagt
Frau Bahnvorsteherin Gräfin aus Moldau und der Jugend-
verein „Freunde und Freude“ von Hermendorf.

Pötzschappel. Nachdem die notwendigen Vorarbeiten
erledigt sind, soll nach einem Beschluß des Verfassungs-
ausschusses der Vereinigungskommission nunmehr die Ver-
einigung der Gemeinden Döhlen, Deuben und Pötzschappel
erfolgen. Es kann damit gerechnet werden, daß die Stadt-
gründung am 1. Oktober erfolgen wird, wenn der dem
Ministerium des Innern jetzt vorgelegte Haushaltplan der
drei Gemeinden Genehmigung findet.

Dresden. Nachdem der Landtag eine Eingabe der
Webergenossenschaft Mohorn auf Seuchenentzündung abge-
lehnt, überwies er den Entwurf eines Abänderungsgegesetzes
zum Reichssozialrecht dem Reichssozialrat und den Entwurf über
die Errichtung eines Räderlagers für die Handelswirtschafts-
betriebe des Wirtschaftsministeriums an den Haushaltstaats-
sekretär A. Der Gesetzentwurf über die Trennung des Kirchen-
und Schulamtes der Volksküche wurde dem Reichs-
ausschuß überwiesen, ebenso ein Gesetzentwurf über die Ab-
änderung des Stempelsteuergesetzes. Zum Schlus bewilligte
die Kammer 2 Millionen Mark für die sofortige Inanspruchs-
nahme des Rates des Elster-Saale-Kanals. — Räthe
Sitzung Mittwoch den 16. März, mittags 1 Uhr. Tages-
ordnung: Haushaltkapitel, Pfandabgabefreien, Bauarbeiter-
satz.

Der Haushaltstaatssekretär A beriet über die Abgabe ver-
billigten Sandholzes aus den Staatsforsten zum Zweck des
Kleinwohnungsbaues. Der Ausschuß hatte bisher gewünscht,
dass aus den Staatsforsten 5000 Hektar Holz zum
heilen Preis abgegeben werden müßte. Finanzamt ist
heute sehr auseinander, daß ein so weiter Entgegenkommen
angeleistet der Finanzlage nicht möglich sei. Der Haushalt-
sekretär schlägt mit einem Teilstück von 300 Millionen Mark.
Schon jetzt sollte sich übersehen, daß der ordentliche Haushalt-
plan für das nächste Haushaltsjahr 200 Millionen Unter-
billung aufweisen werde. Dabei sind eine Reihe neuer Be-
lastungen des Staates noch gar nicht in Rücksicht gegogen,
z. B. die Verstaatlichung des Hebammenwesens. Angeleistet
dieser Voge erklärt sich die Regierung bereit, 30 000 Hek-
tare in drei Städtegraden zum Preis von 170, 190 und
220 M. für den Hektar bereitzustellen.

Der Beihilfestaatssekretär Pirna beschloß, der Stadtv. Witten
für ihr Realgymnasium eine jährliche Beihilfe von 75 000
Mark zu gewähren (den Ausschlag gab die Stimme des
Amtshauptmanns, da Stimmengleichheit herrschte). — Eine
heftige Debatte drohte der neue Milchpreis, besonders die

große Spanne zwischen Erzeuger- und Händlerpreis (1,45
gegen 2,50 M).

Röntgenstein. Montag Nacht stiegen rohe Barichen in
der Bleiallee ins Kirchengebäude der katholischen Kirche
zu Röntgenstein und beschädigten ihre Verstärkungsstäbe durch
zahlreiche Steinwürfe gegen die Kirchenfenster, wobei das
Kirchglaswerk der Firma Meyer in München im mittleren
Fenster zum Teil zerstört worden ist. — Die Zerstörung
von Kunstuhrwerken und solchen Gegenständen, die anderen
heilig sind, scheint mit zur „modernen Lebensausübung“
eines Teiles der heutigen Jugend zu gehören.

Mühlhausen. Die Stadtverordneten haben bestimmt, daß
das Alter für Neuerwerbseigentümer, die Anspruch auf Wohnung
haben sollen, 27 Jahre beträgen muß.

Burgstädt. Die Stadtverordneten beschlossen die
Erhöhung der Grund-, Gebäude-, Karten-, Wertzuwachs-
und Handelssteuer. Der Gehalt der Lebensmittelkasse für
1920 beträgt etwa 250 000 M.

Chemnitz. Wegen Reichsbeteiligung der „Girogelder“
ist eine größere Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen aus
Chemnitz und Umgebung aus dem Sächsischen Lehrerverein
ausgesperrt worden. Diese haben sich jetzt zu einer Orts-
gruppe des Sächsischen Lehrerbundes zusammengefunden.
In der Gründungsversammlung traten 63 der Unwesenden
als Mitglieder bei.

Wuerbach i. S. Der Saalinhäber-Verband für den
Bezirk Wuerbach tagte hier und nahm Stellung gegen die
vom Bezirkshaushalt beschlossene Aufbarkeitssteuer. Diese
wurde als undurchführbar bezeichnet, sie bediente den vollen
Ruin des Haushaltstands und spiegelte den Saalinhäber.
Es wurde eine Entschließung angenommen, in der auf die
Undurchführbarkeit hingewiesen wurde und eine der Sorge
der Haushaltshäfen entsprechende Steuerordnung beigelegt.

Gallenstein. Ein Gallensteinischer Einwohner Edelstein
hatte in einem Urteil in dem in Zwickau erscheinenden sozial-
demokratischen „Sächsischen Volksblatt“ den damaligen Gallen-
stein-Oberamtsrichter, jetzigen Landgerichtsdirektor Dr.
Reischl in Freiberg beleidigt. Dieser stellte Strafantrag.
Das Schöffengericht Zwickau verurteilte Edelstein zu 14 Tagen
Gefängnis, sprach aber den verantwortlichen Bediensteten des
Hauses, Kraßer, frei.

Markneukirchen. Die Erinnerung an die vogtländi-
schen Hölz-Lage von 1920 wurde lebhaft wachgerufen in
der jüngsten Sitzung der heutigen Stadtverordneten. Am
24. März vorigen Jahres wurde beim Einlaufen der Hölz-
Truppen nicht nur die Stadtkasse um 100 000 Mark er-
leichtert, es wurde auch ein völlig Unbeteiligter, der 50jäh-
rige Badermeister Borch, erschossen. Der von der Kreis-
hauptmannschaft Zwickau eingesetzte Ausschuß für Unru-
h抒den hat nunmehr entschieden, daß der Frau Borch
eine lebenslängliche Rente von 400 Mark jährlich (1) zu
zahlen sei.

Einschränkung des Grenzverkehrs mit dem Elsaß.

Straßburg, 15. März. Der Grenzverkehr von Straßburg
nach Kehl ist sehr eingeschränkt worden. Die Ein- und Aus-
reiseerlaubnis nach und von Kehl für das deutsche Gebiet
wird gegenwärtig überhaupt nicht erlaubt. Man bringt diese
Maßnahme mit ausgedehnten Truppenbewegungen im Unter-
schied sowie mit der Verschärfung der Festungsgarnisonen in
Zusammenhang.

Das Ergebnis der Konferenz: negativ.

Bonn, 16. März. Die "Daily News" schreiben in ihrer
Montagsausgabe: Mit der Übereinkunft von Graf Stoecken kann
die Bonner Konferenz als formell beendet angesehen werden.
Was ist während ihrer dreiwöchigen Dauer erreicht worden.
Sowohl definitive Verhandlungen in Frage kommen, ist die
Antwort einfach in Form einer Tabelle: mit Deutschland
nichts, mit Griechenland und der Türkei nicht, mit Öster-
reich nichts!

Sanktionsfurcht in England.

"Unlösbarer Vertrag im englischen Handel." Die Sanktionen der britischen Handelsmacht über die nachteiligen Folgen der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen kommen in der Londoner Presse immer deutlicher zum Ausdruck, und zwar richten sich die Reden sowohl gegen die sogenannte Einfuhrabgabe als auch gegen die Zollstrafmaßnahmen im Rheinland. Die Sanktionen haben nach dem übereinstimmenden Urteil der wissenschaftlichen Wirtschaftsverständigen eine schwere Schädigung des englischen Handelsinteresses zur Folge.

Selbst die "Times" müssen offen zugeben, daß die "Reparationszoll", wie das Einfuhrabgabengesetz genannt wird, eine unlösbare Verwicklung des englischen Handels nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit allen außereuropäischen Ländern erzeugen werde, in dem sie den deutschen Handel nach den neutralen Ländern ableite.

Trotz dieser schneidenden Bedenken kommt das Blatt allerdings in seinem grenzenlosen Deutschenthusiasmus zu dem ungeheuerlichen Schluß, daß die Sanktionen, da sie doch eine Strafmaßnahme darstellen, trotz ihrer Schädlichkeit für den englischen Lebenshandel in Kauf genommen werden müßten, da sie ja schließlich Deutschland noch mehr Ungelegenheiten verursachen.

Von dem großen Einfluß, den die "Times" in der englischen Öffentlichkeit genießt, ist leider damit zu rechnen, daß auch das Unterhaus sich diese ebenso dumme wie unchristliche Schlüssefolgerung zu eigen machen wird, um so mehr, als auch Lloyd George alle Hebel in Bewegung setzt, um seinen Abstimmungsplan zur Durchführung zu bringen. Den Hauptgrund, den die Opposition gegen das Gesetz in Hado führt, daß das Gesetz den englischen Handel aufs schwerste gefährdet, sucht er durch die gegenteilige Behauptung zu entkräften, es schaffe vielmehr England endgültig vor der deutschen Konkurrenz, indem es den deutschen Export vom englischen Markt ausschließe, ausgenommen solche Waren, die England brauchen könne. Im Parlament mag er mit einer solchen Beweisführung Eindruck machen, die britische Handelswelt sieht die Ungelegenheit aber geris mit anderen Augen an und wird eine gewaltige Verhinderung des Warenaustausches mit allen Mitteln bekämpfen, da sie diese Methode zur Erhaltung der deutschen Entschädigungsgrund aus Selbstbehaltungsgründen ablehnen zu müssen glaubt.

Die "Times" gegen die Zollgrenze am Rhein.

Auch gegen die Zollherabsetzung am Rhein macht sich in England ein wachsender Widerstand geltend. Und bezeichnenderweise werden die härtesten Bedenken gerade in der "Times" laut, die man Sicherlich nicht der Deutschfeindlichkeit zuließen kann. Wie das Blatt sich von seinem Nördner Berichterstatter melden läßt, befinden sich die alliierten Sachverständigen am Rhein in großer Schwierigkeit, weil sie nicht wissen, wie man die ohne Rückstift auf die tatsächlichen Verhältnisse so plötzlich gesetzten Londoner Beschlüsse in die Praxis umsetzen soll. Die englische Zone durchschneide eines der dicht besiedeltesten Industriegebiete Deutschlands. Eine Zollgrenze mitten durch dieses Gebiet könnte nur künstlich sein und ohne Wirkung. Die Stahlwarenindustrie in Solingen, die Tuchindustrie in Krefeld und die Eisenbahnmotorenfabriken in Köln bezogen nach Mitteilung der alliierten Sachverständigen fast 80 Prozent ihres Rohmaterials aus dem unbesetzten Deutschland und lieferten auch wieder den größten Teil ihrer Fertigwaren nach dem unbesetzten Deutschland zurück. Hier würde also schon eine doppelte Bevölkerung eintreten, die dazu führen würde, daß jeder Handelsverkehr mit dem Rheinlande aufhört. Die Sachverständigen der Alliierten am Rhein sehen deshalb in der künstlichen Zollgrenze keine Lösung, um daraus die Entschädigungen zu erhalten. Seien die Tarike zu niedrig, so gewinne Frankreich nichts. England ersahre jedoch eine Schädigung seiner Handelsinteressen. Hohe Taxen würden eine völlige Blockade des Rheinlandes darstellen und gar nichts einbringen und wohnen sollten. Verantwortige Experimente führen, fragen die "Times" zum Schluß.

Diese ausschließend sachliche Kritik der "Times", die man soviel auch in ihren Spalten vermisst, ist ein geradezu vernichtendes Urteil über die sinnlose und jeder Vernunft böhnenbrechende Gewaltpolitik der Londoner Konferenz. Heute weiß sich die englische Bündnisverwaltung im Rheinland schon kaum Rat mehr, was sie nun beginnen soll, und muß offen gestehen, daß man auf dem Wege der Zollstrafmaßnahmen nicht in den Besitz der deutschen Entschädigungsmilliarden kommen werde. Wenn, wie zu erwarten ist, die Alliierten Staatsmänner auf Grund des Zusatzes ihrer untergeordneten Organe auch zu der Erkenntnis kommen, daß mit Gewalt keine Milliarden aus Deutschland herangeholt werden können, dann soll uns das nur freuen.

Auf der Fahrt nach Oberschlesien.

Nebungsloser Verlauf des Transports der Abstimmungsberechtigten.

Die Zentralstelle für die technische Durchführung der oberschlesischen Abstimmung teilt mit: Begünstigt durch das herrliche Frühlingswetter, begünstigt begrüßt von der deutschen Bevölkerung eilen die Sonderzüge der Abstimmungsberechtigten aus allen Gauen Deutschlands ihrem Biele entgegen. Nebungslos, plärrisch und ohne Zwischenfälle vollzieht sich der Transport. Montag 6 Uhr morgens lief ein Sonderzug in Breslau ein, der die ersten Abstimmungsberechtigten aus Danzig mitbrachte. Sie waren seit Sonnabend mittag unterwegs, hatten eine 20 stündige Seesahrt bei prachtvollem Wetter und waren über die seelische Fahrt durch Deutschland begeistert.

Aus Oberschlesien wird berichtet, daß auch dort der Transport reibungslos und ohne Zwischenfälle verläuft. Die Pauschalzüle widmet sich glatt ab und wird loyal gehandhabt. In einem Grenzübergang dauerte die Abfertigung von 920 Personen

nur 20 Minuten. Auf den Bahnhöfen werden nach Eintreffen der Interalliierten Kommission nunmehr auch täglich schon Kaffee und warme Suppen bereitgestellt. Die übrige Versorgung wird im Restaurants und Privatquartieren der Angehörigen. Die Abstimmung der leichten Beamten und Stimmberechtigten, die am 20. März mit Rücksicht auf Dienstliche Abschaltung nicht absitzen können, ist am vergangenen Sonntag bereits stattgefunden gegangen. Sie wird eine überaus große Beteiligung auf und verließ ohne jeden Zwischenfall.

Wir erinnern die Stimmberechtigten nochmals daran, daß ihre Passierscheine die eigenhändige Unterschrift des Inhabers tragen müssen; wo dies noch nicht geschehen, ist solches vor Überschreitung der Grenze nachzuholen.

Noch eine Bitte an die Reichsabeschleifer.

Die Zentralstelle zur technischen Durchführung der oberösterreichischen Abstimmung bittet noch einmal dringend alle Reichsabeschleifer, folgendes zu beachten: Die ersten Tage des Transportverkehrs haben den Beweis erbracht, daß ein großer Teil der Abstimmungsberechtigten nicht die ihnen zugewiesenen Züge der ersten Tage benutzt hatten, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach in den letzten Tagen vor dem Abstimmungstermin fahren wird. Wir sehen uns daher veranlaßt, auf die Folgen dieses Verfahrens hinzuweisen, aus nachstehenden Gründen.

1. Kann durch die Benutzung der Züge vorwiegend in den letzten Tagen über das bei der Ausschreibung der Fahrkarte vorgesehene Maß hinaus die ganze Transportbereitung in Frage gestellt, somit das Abstimmungsergebnis zu unserem Ungunsten beeinflusst werden;

2. entsteht für die Reisenden selbst ein Nachteil dadurch, daß sie gezwungen sind, infolge der Überfüllung große Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen. Aus diesem Grunde möchten wir alle diejenigen Personenschleifer, deren Abstimmungsfahrkarte nicht für die letzten Tage ausgestellt ist, davor warnen, solche Züge zu benutzen, und Ihnen empfehlen, unter allen Umständen schon vor dem 18. März Ihre Reise anzutreten.

Eine Kundgebung des oberschlesischen Großgrundbesitzes.

Der oberschlesische Großgrundbesitz veröffentlicht in den oberschlesischen Lätern folgende Erklärung: In der Sichtstunde unserer Heimat drängt es uns, unsere Treue zum angestammten Vaterlande vor aller Welt zu beweisen. Oberschlesien durch Jahrhunderte lange Bande mit dem deutschen Reich auf das innigste verknüpft, hat unter seinem Schutz und Schirm sich zu seiner heutigen kulturellen Höhe entwickelt. Dankbar und treu stehen wir weiter zu Deutschland in der Gewissheit, daß — mögen noch so schwere Stürme über das deutsche Reich einbrechen — Oberschlesien nur bei Deutschland in gegenseitigem Verstehen und gemeinsamer Arbeit einer glücklichen Zukunft entgegen gehen.

Politische Rundschau.

Berlin, den 16. März 1921.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Maher, hatte am Sonnabend eine Zusammenkunft mit den alliierten Finanzsachverständigen, die eine genaue Ausstellung über die deutschen Zollsteuern verlangten.

Der bayerische Landtag hat eine neue Schulordnung angenommen, wonach das Schuljahr jetzt am 1. Mai beginnt und Ende April schließt.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse Heinrich Kippler beginnt dieser Tage das 25jährige Jubiläum als Hauptredakteur der Täglichen Rundschau.

Der Hirsch-Düncker'sche Gewerbeverein hat den Schiedsspruch wegen des Lohn- und Überstundenabkommen im Ruhrgebiet abgeschlossen.

Der deutsche Prototyp beim Volksbund wird jetzt von der Reichsregierung veröffentlicht. In der Note wird eingehend dargelegt, daß die Gewaltmaßnahmen der Londoner Konferenz gegen den Vertrag von Versailles verstossen und daß das Vorgehen der Alliierten eine unverantwortliche Stirbung des Friedens ist. Die deutsche Regierung, die die Volksbundsakte unterzeichnet hat, richtet an den Volksbundsrat das Ersuchen, die ihm als endgültigen Schritte zur Einleitung des in der Art vorgesehenen Schlichtungsverfahrens zu tun und dafür Sorge zu tragen, daß die von den Alliierten angewandten Gewaltmaßnahmen sofort aufgehoben werden. Das Verfahren würde ergeben, daß Deutschland, von dem ernsten Willen bestellt, seine Vertragspflichten nach besten Kräften zu erfüllen, keinen Anlaß zu der Friedensstörung gegeben hat.

Eine leichte Mahnung der Entente. Nach einer Pariser Meldung hat die Reparationskommission beschlossen, Deutschland zum letzten Male aufzufordern, den Artikel 233 des Verfaßten Friedensvertrages zu erfüllen, der besagt, daß Deutschland bis zum 1. Mai 1921 zwanzig Milliarden Goldmark bezahlen müsse. Die alliierten Sachverständigen weisen nach (?), daß es sich um einen Irrtum handle, wenn Deutschland behauptet, bereits 21 Milliarden Goldmark gezahlt zu haben. Die Reparationskommission entschied sich dahin, daß Deutschland bei weiterer Aufführung gewährt werden soll. Sie wird sich auch in nächster Zeit mit der Durchführung des Artikels 233 befassen und wird noch vor dem 1. Mai die Gesamtsumme der deutschen Entschädigungszahlungen festsetzen.

Auch Hamborn besteht. Wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung" aus Duisburg erfährt, ist jetzt die Stadt Hamborn in das neubesetzte Gebiet einbezogen worden. Am Sonnabend mittag erschien ein belgischer Offizier auf dem Rathaus in Hamborn und erklärte, daß die Verbündeten der Auflösung seien, daß Hamborn auch als bereit gelte. Es liege zwischen dem besetzten Walsum und dem besetzten Duisburg und Wanne daher nicht frei leben. Über Hamborn wurde darauf ebenfalls der Belagerungszustand verhängt. Truppen wurden jedoch nicht in die Stadt gelegt mit der Bedeutung, daß dies ganz von dem Verhalten der Bevölkerung abhängig gemacht werde. Durch Anschlag wird ferner die Abgabe sämtlicher Waffen verlangt.

Eine Liste sämtlicher ehemaliger aktiver und Reserveoffiziere mußte sofort eingereicht werden. Seit einigen Tagen sind in Düsseldorf zwei Abteilungen niedriger Beamten eingetroffen, und zwar Schwarze und Altmilitärische. Sie werden vorläufig in ihren Quartieren zu verbleiben.

Die neue Beratung der Sachverständigen. Die am Freitag den 18. d. M. einberufene offizielle Sitzung der Sachverständigen, die an der Vorbereitung der Londoner Konferenz mitgewirkt haben, wird im späteren Herrenhaus, dem gegenwärtigen Sitzungsgebäude des Reichswirtschaftsrates, eröffnet werden. Außer den sämtlichen Sachverständigen sind auch die Reichsminister des Auswärtigen, der Finanzen und der Wirtschaft zu dieser Sitzung eingeladen worden. An der stattfindenden Beratung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates wird voraussichtlich auch Reichsminister Dr. Simon tätigen.

Der Jahrestag der ersten Abstimmung. Aus Anlaß des Jahrestages der Abstimmung in Nordschleswig hat Minister Seevering an den Oberbürgermeister Dobben in Flensburg eine Kundgebung gerichtet, in der er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die oberschlesische Abstimmung ein gleich erhabenes Bekenntnis zum Vaterlande darstellen möge, wie die Abstimmung am 14. März 1920. Am Jahrestage des Abstimmungstages in der zweiten Zone fanden in Flensburg große Kundgebungen statt.

Kundgebungen im besetzten Gebiet. Die Unwesenheit eines französischen Offiziers ist der oberschlesischen Provinziallandtag in Düsseldorf eröffnet worden. In seiner Eröffnungsansprache wünschte Oberpräsident Fr. Grote darauf hin, daß er über das, was in dieser Stunde die Herzen der Rheinländer am tiefssten bewegt und am schwersten bedrückt, nicht frei sprechen könne. Er beschränkte sich darauf, das Wort in Erinnerung zu rufen, das vor einigen Tagen von der höchsten Stelle des Reiches an alle deutschen Bürger gerichtet worden sei: „Ehren zusammenkommenden sollt uns dieses Feld zu einem Höhen, zu einem gem. Wollen!“ (Allgemeines Bravo) Der Oberpräsident stellte fest, daß dieses Wort auch in den Herzen der Rheinländer eingeschlagen und fruchtig widerhallt. Auch die Rede des Alterspräsidenten, des Geheimen Sanitätsrats Dr. Ol. er (Bentzum) aus Bonn schloß mit einem begeisterten Bekenntnis der Freiheit zum deutschen Vaterlande. — Die Eröffnung des 55. Kommunallandtages für den Regierungsbezirk Wiesbaden gefielte sich zu einem ehrbaren Treubefenntnis der rheinischen Bevölkerung zum Reiche. Mit herzlichem Beifall wurden in der Ansprache des Regierungspräsidenten die Worte aufgenommen, daß keine Macht der Welt uns daran hindern werde, die Liebe und Treue zum Heimatland zu geloben und zu bestätigen.

Die Unterdrückung der deutschen Presse in Oberschlesien. Die Interalliierte Kommission hat das Er scheinen der „Oberschlesischen Morgenzeitung“ in Katowitz auf die Dauer von vier Tagen, bis einschließlich den 19. März, verboten. Das Verbot erfolgte, weil sie einen Kommentar des französischen Organs der Gewerkschaften „Le Peuple“ äußerte, in dem zu der Bassverweigerung an den französischen Arbeiterschreiter Louhau zur Einreise nach Oberschlesien gefragt wird: „Das Pleiß ist wir nunmehr mit dem Bedachte der Unregelmäßigkeit belebt. Nur uneheliche Kaufleute haben Angst davor, ihre Bilder zu zeigen und nur die Haschspieler weigern sich, ihre Karten auf dem Tisch zu legen.“ Was also in Frankreich gedruckt werden darf, wird von einem französischen Machthaber in Oberschlesien unerachtet. Die immer wiederkehrenden Verbote deutscher Zeitungen in Oberschlesien erfolgen gegen Recht und Geist. Die interalliierte Kommission ist verpflichtet, in Oberschlesien nach deutschen Gesetzen zu regieren. Besonders in diesen letzten Tagen des Abstimmungskampfes sind Verbote deutscher Zeitungen nichts mehr und nichts weniger als eine offene Partenahme für die Polen.

180 Milliarden Goldmark Entschädigung.

Die jetzt zum Abschluß gekommenen Entschädigungsanmeldungen seitens der Reparationskommission belassen sich auf rund 180 Milliarden Goldmark. Artikel 232 des Friedensvertrages, wonach die deutsche Leistungsfähigkeit zugrunde gelegt werden soll, ist bisher noch nicht berücksichtigt. — Wenn die Sanctionen noch lange in Kraft bleiben, dann dürfte die Leistungsfähigkeit insätzlichen so sehr herabgedrückt sein, daß, wenn alle Gläubiger etwas erhalten sollen, die Reparationskommission ganz gewaltige Abstriche an den wahnsinnig hohen Milliardenrechnungen vornehmen müssen wird.

Die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren unmöglich!

Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Fahrni erklärte im Landtag, daß die Einwohnerwehr als Selbstschutzorganisation nicht unter den Friedensvertrag falle und daß, obwohl die Entwaffnungsfrage in London überhaupt nicht zur Sprache gelangt ist, und nur mehr eine untergeordnete Frage sei, die Reichsregierung dennoch das Entwaffnungsgesetz eingeführt habe, gegen das die bayerische Regierung ausschließlich protestiert habe, einmal, weil die Beleidigung eines solchen Gesetzes jetzt nicht notwendig sei und dann, weil die Selbstschutzorganisationen überhaupt nicht unter den Friedensvertrag fallen. Die bayerische Regierung wird von ihrer Überzeugung nicht ablassen, daß es im gegenwärtigen Augenblick unmöglich ist, die bayerische Einwohnerwehr zu entwaffnen. Die Regierung halte es für unverantwortlich, wenn der Schugdamm eingesetzt werden würde, den sich das Volk selbst gegen die Feinde geschaffen habe.

Kompromiß zwischen Bayern und dem Reich. Wie der „Berl. Lokal-Anzeiger“ aus Kreisen der Bayerischen Volkspartei erfährt, ist mit dem Austritt der Fraktion aus der Regierungskoalition kaum noch zu rechnen. Die Verhandlungen zwischen den Bayern und der Reichsregierung sind fortgesetzt worden und es ist nach diesen Mitteilungen gelungen, eine Einigungsbasis zu finden. Der Ausschuß zur Bearbeitung der Selbstschutzvorlage dürfte voraussichtlich

Unterhaltung keine Verhandlungen aufzunehmen. Man rechnet, daß er die Vorlage nach verschiedenen Richtungen abweichen wird, wodurch es der Bayerischen Volkspartei ermöglicht werden soll, ihren Widerstand auszuüben. Die Vorlage wird dann voraussichtlich in den nächsten Tagen im Plenum zur Verhandlung kommen.

Talaat Pascha in Berlin ermordet.

Wie die „Berliner Nationalzeitung“ berichtet, ist der ehemalige türkische Großwesir Talaat Pascha, einer der bedeutendsten türkischen Staatsmänner, Dienstag vormittag in Berlin auf offener Straße ermordet worden. Talaat Pascha, der seit zwei Jahren unter dem Decknamen Ali Salih Bey in Berlin wohnte, ging mit einem Freunde eine der beliebtesten Straßen des Berliner Westens entlang, als plötzlich ein junger Mann ihm den Weg versperrte und wortlos einige Schüsse auf ihn abfeuerte. Der Getroffene sank sofort tot zusammen. Der Attentäter versuchte zu entfliehen, konnte jedoch nach kurzer Verfolgung ergreift und der Polizei geführt werden. Der Mörder wurde als der 24jährige Student Salomon Teilliran aus Persien festgestellt. Das Motiv der Tat ist noch in Dunkel gehüllt. Es ist nicht unmöglich, daß Talaat Pascha, der beschuldigt wird, die Armeniermorde veranlaßt oder zum mindesten geduldet zu haben, von dem Studenten Teilliran aus Rache für die furchtbaren Massaker in Armenien ermordet worden ist.

Annahme der 50 prozentigen Ausfuhrabgabe ins Unterland.

Das englische Unterhaus hat die Reparationsbill, welche die Zahlung einer 50 prozentigen Abgabe von dem Verkaufspreis der deutschen Waren in England vorsieht, in zweiter Lesung angenommen.

Rundschau im Auslande.

Der Botschafterrat in Paris hat den Beschluß umgesetzten, wonach Deutsch-Ostreich entsprechend dem Friedensvertrag von St. Germain zur Auslieferung von Wülfchen, Pferden usw. verpflichtet wurde.

Mönig Vittoria von Schweden erhielt zu ihrem Namenstag eine große Spende von Kleidungs- und Waschstücken von zahlreichen schwedischen Damen zum Zwecke der Versorgung an Notleidende in dem alten Heimatlande Baden.

Die englischen Schulden in Amerika wurden durch ein Abkommen um 25 Millionen Dollar vermindert, die auf die Truppentransporte verrechnet werden.

Irland: Das englische Blutregiment.

In der irischen Hauptstadt Dublin wurden am Montag sechs Einheiten, d. h. Abzüge der republikanischen Armee, wovon Deutsch-Ostreich entsprechend dem Friedensvertrag von St. Germain zur Auslieferung von Wülfchen, Pferden usw. verpflichtet wurde.

Spanien: Der Mörder Dato verhaftet.

Der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato ist auf Anzeige seiner Witfrau in seiner Wohnung verhaftet worden. Es ist ein Anarchist namens Atencio Pedro Mateo, 22 Jahre alt, aus Tarragona gebürtig, der eingesandt, der Mörder Dato zu sein und auch die Namen seiner beiden Spiegeleien, Estanislao und Leopoldo Noble, anzab. Die Polizei stand bei dem Anarchisten fünf geladene Revolver. Mateo behauptet, daß Verbrechen begangen zu haben, um für die Gewalttätslichen und Unterdrückungen, denen einige sozialistische Elemente zum Opfer fielen, Vergeltung zu üben. Er habe seinen Chef gehorcht, die ihm anbefohlen hätten, den Ministerpräsidenten zu töten. Das neue Ministerium Alfonso Salazar wird voraussichtlich versuchen, die Politik in der von Dato in seiner letzten Zeit gegebenen Linie weiter zu führen, und bemüht sein, im Einvernehmen mit der ganz überwiegenden Mehrheit des spanischen Volkes den sozialistischen Kreisverband Herr zu werden.

Soziales.

Die Überschichtenfrage im Ruhrgebiet. Der Schlichtungsausschuß der über die Überschichtenfrage im Ruhrrevier entscheiden sollte, ist in Dortmund zu folgendem Eingangsvorschlag gekommen: Es soll eine Lohn erhöhung von acht Mark pro Schicht eingetreten. An vier Tagen der Woche soll je eine Stunde Überschicht an die regelmäßige Arbeitszeit angehängt werden, so daß also dann insgesamt vier Stunden Überschicht wöchentlich verfahren würden, gegenüber jeweils 3½ gleich sieben Stunden bisher. Für diese Überschichten soll wie bisher ein Lohnzuschlag von 100 Prozent in Kraft treten, mit dem Unterschied aber, daß dieser 100 prozentige Zuschlag auch den Überarbeiterlern zugute kommen soll, die bisher nur 50 Prozent erhalten. Dieser Eingangsvorschlag soll bis zum 15. Mai dauern. Dieser Vorschlag ist noch abhängig von der Zustimmung beider Parteien, von Montag ab werden bereits keine Überschichten mehr verfahren. Wenn der Vorschlag von beiden Parteien bis zum nächsten Sonnabend nicht angenommen wird, soll er zum Schiedsspruch erhoben werden. Einzelnen aber herrschen in Arbeiterkreisen noch starke Bedenken gegen die Überschichtstunden und in Kreisen der Arbeitgeber ist man der Ansicht, daß die Lohn erhöhung ohne Kohlenpreiserhöhung kaum getragen werden kann.

Eine Konferenz der Betriebsobeleute des alten Bergarbeiterverbandes in Bochum hat sich einstimmig gegen den Schiedsspruch ausgesprochen. Weiter wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung Protest eingefügt gegen die militärischen Gewaltmaßnahmen der Entente. Dagegen hat eine Konferenz des Gewerkschaftschristlicher Bergarbeiter aus dem gesamten Ruhrrevier mit großer Mehrheit beschlossen, den Schiedsspruch anzunehmen.

Spitzen!

Autor von Paul Lautau.

29. Fortsetzung.)

„Wenn der Hund Sie bewußt, und er hat wirklich etwas Verhüttendes, dann also in Gottes Namen! Schuß! Viertel.“

Schwer und sehr heftig kam schließlich das mächtige Tier wieder in seine Ede zurück.

Der Arzt verabschiedete sich. Gegen Abend war sprach er wieder zusammen. Er verscheibte verschiedene Sachen noch ausführlich mit dem Grasen und embahmte sich dann. Er hatte dem Grasen nicht verkehren können, daß es sich um etwas sehr Ernsthaftes handelte...

Sobald er das Parkzimmer verlassen hatte, richtete sich Julianne mit übermenschlicher Anspannung aller ihrer Kräfte auf ihrem Lager auf, entnahm der Schreibmappe die Adresse des Kürten und schob die von Ulitz geschriebenen Seiten, sah den Brief, schob ihn in den Umschlag, den sie schloß, und ging weiter.

„Iba, besorgen Sie das möglich und selbst! Sie können es drüber beim Portier des Hotel Royal abgeben. Wenn man Sie im Hause fragt, geben Sie keine andere Antwort, als daß Sie mir mich etwas zu bringen haben! Nichts weiter! Beileben Sie sich! Und kommen Sie dann wieder zu mir!“

Juliane lächelte befriedigt. Die schwerste Last war von ihr genommen.

Julianne des hohen Gleibers hatte sie sich beruhigt; und als Iba mit der Meldung zurückkehrte, daß der Brief befördert worden sei, lächelte sie bestimmt, legte sich auf die Seite und schlief sanft ein.

XL

Johann Hotte und Berta Schmidler waren im Laufe des Vormittags nach dem Untersuchungsgefängnis in Alt-Moabit überführt und dort von dem ordentlichen Richter in einem ersten Verhör sehr eingehend vernommen worden. Der umfang- und belangreiche Bericht des Kriminalkommissars Weißer bot dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Briesen, eine vor treffliche Unterlage. Hotte verharrte bei seinem entschiedenen Geständnis. Berta war in taum vernehmungsfähigem Zustand, sie weinte und wimmerte in einem fort und wiederholte beständig, sie wisse von nichts.

Wildecke befand sich während der Zeit sehr gemischt bei seiner Rose.

Rose wohnte im Mittelpunkt seines außergeschäftlichen Wirkens, hundert Schritt vom „Grauen Elend“ in der Gollnowstraße entfernt, und nicht weit von seinem Geschäftszusammen in der Neustraße. Sie hatte in der Büschingstraße eine ganz kleine Wohnung aus einem beschädigten Zimmer und einer Küche bestehend, ihrer Tante abgemietet, die Waschfrau war und sich nicht zu Hause befindigte.

Der kleine elterne Oden glänzte, in dem einzestrichigen Stübchen war es unerträglich heiß. Über die beiden waren ähnlich unempfänglich gegen alle Belästigungen durch die Temperatur. Rose hatte das musterhaft sauber gehaltene kleine Zimmer in Ordnung gebracht. Wildecke lag in Hemdarmeln und Pantoffeln auf dem kurzen Sofa, rauchte eine Zigarette und las in der Zeitung; er unterbrach die Lektüre ziemlich oft, um sich mit Rose zu unterhalten.

Diese hatte es sich sehr bequem gemacht. Sie hatte Oberkleider und Korsett wieder abgeworfen und saß nur mit Hemd und Unterrock bekleidet. Ihm gegenüber am Tisch, fleißig mit einer mühevollen Arbeit beschäftigt. Die hohen vielseitigen Lederstiefel in Goldfarbe mit mächtigen geschwungenen Absätzen bildeten zu ihrem übrigen äußersten Eleganz einen wunderlichen Gegenzug.

„Ich sinne und sinne“, sagte Wildecke, „ob es den gar kein Zaue gibt, dem Tigel-Eden die Perlen und Steine doch noch aufzuschmieren.“

„Gib dir keine Mühe! Nicht geschert nimmt es sie. Ich habe ihm so zugeredet. Er ist sogar zärtlich geworden, der alte Gauner; und ich hab's mir ruhig gefallen lassen. Über von wegen Perlen und Stein - nehmen - keine Spur! Ich habe ihn himmelhoch bitten müssen, daß er sie mir wenigstens abnimmt. Über länger als vierundzwanzig Stunden will er sie nich verwahren. Die Sache sei ihm zu duftig (verfälscht) meint er. Und wenn ich die Tore das gestohlene Gut heut nicht abholte, schmisse er morgen früh den ganzen Raum in die Spree.“

„Also er meint, die Sachen seien wertvoll!“

„Das ist es ja eben! Allererster Güte! Er wirste nicht los! Benignus hier nicht! Und er kann jetzt nicht von hier fort. Er sagte mit ja, ich sollt eine kleine Kunstreihe nach Petersburg machen. Er wolle mir eine sichere Adresse geben. Über tausend Mark auf den Tisch gelegt und fünftausend Mark nachher! Schätzlich bis achtzigtausend Mark wären aus der ganzen Sitt schon herauszuschlagen, meint er. Über solche Geschäfte können wir doch nicht machen.“

Währenddem schnellerte Rose fleißig weiter.

„Tausend Mark vorab und die Reisekosten! wie derholte Wildecke. „Und wenn Gott den Schaden befreite, ist am Ende die ganze Sache Schwindel und wir haben das Nachsehen! Aber mit den acht hundert Mark, die der Tigel-Eden für die Goldkassette zahlen will, kommen wir nicht weit. Und dann müssen wir Hotte noch die Hälfte abgeben - wenigstens hundertfünfzig Mark.“

„Mit hundert Mark wird er auch zufrieden sein.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig. Ich gebe ihm noch fünfzig Mark drauf, und wir sind quitt. Über was machen wir mit den Steinen? Wir müssen sie jedesfalls in Sicherheit bringen, und ich traue niemand von den Brüdern! Und es muß gleich geschafft werden. Man kann nie wissen, was gleichzeitig vielleicht haben Sie mich heute abend schon beim Willen. Ich glaub's freilich nicht, aber man muß an alles denken.“

Er versetzte in diese Nachdenklichkeit. Rose arbeitete weiter.

Sie war früher Mantelmäherin gewesen und eine geschickte Handarbeiterin. Sie hatte sich während der ganzen Zeit angelebtlich mit ihrem großen Wintertmantel beschäftigt, der nach der damaligen Mode ziemlich baufällig war und an der Taille durch einen Knochen zusammengehalten wurde. Der Mantel war mit billigen, reißfesterem Wollstoff gefüllt, desselbe Stoff bediente Kragen und Aufschläge. Sie hatte nun da-

reinen Wölbung und die Unternähte über die ganze Breite des unteren Teils aufgetrennt, die Samtwalze süßlich über diesen unteren Teil gesteckt, mit unsichtbaren Stichen so fest gehetzt, daß sie sich nicht mehr lösen und baufällig knüpfen konnte, und dann das Filzgefutter sorgfältig wieder auf den Mantelstoff gesetzt. Seine Wölzung konnte abnehmen, welchen Schatz dieser Mantel, bei einem Konfektionsgeschäft in der Bremer Straße für achtundvierzig Mark gekauft worden war, zwischen Stoff und Futter habe.

(Kontinuation folgt)

Sitzung des Bezirksausschusses

zu Dippoldiswalde.

In der am 15. dieses Monats unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns v. d. Planiz abgeholtenen 4. diesjährigen öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde umfaßte die Tagesordnung nebst Nachtrag 48 Punkte.

Der Vorsitzende begrüßte die bis auf den entschuldigten fehlenden Rechnungsführer Wallrath - Rechlich erschienenen Mitglieder und berichtete noch Entfall in die Tagesordnung über eine den Talsperrenbau in Müglitztal betr. Verordnung des Arbeitsministeriums. Nach dieser Verordnung hat sich bei den vorgenommenen vorläufigen Ermittlungen ergeben, daß die Inangriffnahme auch nur einer der in Frage kommenden 5 Talsperren vorläufig noch nicht angängig ist, da die hierfür unbedingt erforderlichen eingehenden wirtschaftlichen und technischen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind, auch ist ihre Fertigstellung in Nähe noch nicht erreichtlich. Es sind aber auch die bisherigen Ermittlungen über die Wirtschaftlichkeit der Sperrten keine günstigen Ergebnisse, als die Wirtschaftlichkeit im wesentlichen von der Erneuerung der Wasserabnahme durch die Gemeinden abhängt. In dieser Beziehung sind aber die Aussichten in höher wie in ferner Zukunft keine ermutigenden. Dafür hat das Arbeitsministerium Wasserarbeiten bei Heidenau als Notlandarbeiten für die Erwerbslosen in Aussicht genommen und hat die Amtshauptmannschaft beantragt, daß dort auch Erwerbslose aus dem gleichen Bezirk Beschäftigung finden können. Ferner berichtete der Vorsitzende über die Verordnungen des Wirtschaftsministeriums betreffs Preiserhöhung der Milch und Milcherzeugnisse und über die Bekanntmachung des Komunalverbands hierzu vom 6. 3. 21. Da dieser Preiserhöhung, die übrigens in den Nachbarstaaten schon früher eingelebt habe, sei die ländliche Regierung gerüstig gewesen, um die Milchproduktion zu erhöhen. Bedauerlich sei allerdings, daß der hohe Preis nunmehr den Anlauf von Milch für zahlreiche Familien überhaupt unmöglich mache.

Walter wurde eine Ansicht des Schriftlichen Zentralausschusses für Auslandshilfe bezüglich der von der Amtshauptmannschaft beantragten Kinderförderungen bislang gegeben. Hiermit steht dieser Ausschuss mit den Amerikanischen Rinderhilfsorganisationen wegen der Einführung von Kinderförderungen in einer größeren Anzahl von Gemeinden des kleinen Bezirks z. noch in Unstimmigkeit; es ist aber für den Fall, daß die Amerikanische Rinderhilfe zur Einführung der Sperrung nicht in der Lage ist, eine Sonderhilfsaktion für diese Gemeinden erstaunlichweise in Aussicht gestellt worden.

Genehmigt wurden Johann die Rechenschaften der Gemeindevertreter zu Niederndorf, Obercambendorf, Elend, Ripsdorf, Spde, Dittendorf, Berndorf, Mälzer und Bärens, die Gesuch um Annahme bzw. Willigung zur Grundstücksabtrennung bei Blatt 13-60 und 32 des Grundbuchs für Hüsendorf und Höhendorf bez. Paulsdorf, die von den Gemeindevertretern Berndorf und Paulsdorf und des Ritterguts Berndorf erzielte Einziehung des von Berndorf über die Streitmühle nach Paulsdorf führenden öffentlichen Fahrweges vom Ortsausgang Berndorf bis nach Paulsdorf, die Vereinigung des Rittergutes Reichstädt mit der Gemeinde dabei und die Nachfrage zu den Gemeindeverordnungen für Raundorf und Rallau. Genehmigung fanden weiter die Konzessionsgesellschaft Mendes-Bärens-Hausdorf, Jule-Possendorf, Höhendorf-L., Pargers-Rüdenhain sowie Rothers-Burkersdorf und Olof Ziemers-Georgensfeld. Weiter wurde noch genehmigt das Gesuch des Gemeindevertreters Thielewitz um Erlaubnis zur Verhöhnung der Armenfälle mit der Gemeindeselbst. Beschränkt wurden die Umgebung der mit Stadt vereinigten kleinen Grundstücke des Rittergutes Reichstädt mit der Gemeinde dabei und die Nachfrage zu den Gemeindeverordnungen für Raundorf und Rallau. Genehmigung fanden weiter die Konzessionsgesellschaft Mendes-Bärens-Hausdorf, Jule-Possendorf, Höhendorf-L., Pargers-Rüdenhain sowie Rothers-Burkersdorf und Olof Ziemers-Georgensfeld. Weiter wurde noch genehmigt das Gesuch des Gemeindevertreters Thielewitz um Erlaubnis zur Verhöhnung der Armenfälle mit der Gemeindeselbst. Beschränkt wurden die Umgebung der mit Stadt vereinigten kleinen Grundstücke des Rittergutes Reichstädt mit der Gemeinde dabei und die Nachfrage zu den Gemeindeverordnungen für Raundorf und Rallau. Genehmigung fanden weiter die Konzessionsgesellschaft Mendes-Bärens-Hausdorf, Jule-Possendorf, Höhendorf-L., Pargers-Rüdenhain sowie Rothers-Burkersdorf und Olof Ziemers-Georgensfeld.

Weiter wurde noch in Sachen der Erweiterungsbewilligung eines Grundstückes in Rüdenhain und auf Gesucht um Annahme bzw. Willigung der Amtshauptmannschaft Pirna, die Sogung über die Anstellung, Bezahlung und Rechtsverhältnisse der Beamten und Beamtenanwälte des Bezirksverbands Dippoldiswalde, der 2. Nachtrag zur Gemeindeverordnung für Frauenstein und die Vorschläge für Bewilligungen außerordentlicher Begebau-Unterstützungen aus Staatssmittel für das Jahr 1920. Das Gesuch der Gemeinde Rüdenhain für die Erweiterung des Rittergutes Reichstädt mit der Gemeinde dabei und die Nachfrage zu den Gemeindeverordnungen für Raundorf und Rallau. Genehmigung fanden weiter die Konzessionsgesellschaft Mendes-Bärens-Hausdorf, Jule-Possendorf, Höhendorf-L., Pargers-Rüdenhain sowie Rothers-Burkersdorf und Olof Ziemers-Georgensfeld. Weiter wurde noch genehmigt das Gesuch des Gemeindevertreters Thielewitz um Erlaubnis zur Verhöhnung der Armenfälle mit der Gemeindeselbst. Beschränkt wurden die Umgebung der mit Stadt vereinigten kleinen Grundstücke des Rittergutes Reichstädt mit der Gemeinde dabei und die Nachfrage zu den Gemeindeverordnungen für Raundorf und Rallau. Genehmigung fanden weiter die Konzessionsgesellschaft Mendes-Bärens-Hausdorf, Jule-Possendorf, Höhendorf-L., Pargers-Rüdenhain sowie Rothers-Burkersdorf und Olof Ziemers-Georgensfeld.

Röthen noch in Sachen der Erweiterungsbewilligung eines Grundstückes in Rüdenhain und auf Gesucht um Annahme bzw. Willigung der Amtshauptmannschaft Pirna, die Sogung über die Anstellung, Bezahlung und Rechtsverhältnisse der Beamten und Beamtenanwälte des Bezirksverbands Dippoldiswalde, der 2. Nachtrag zur Gemeindeverordnung für Frauenstein und die Vorschläge für Bewilligungen außerordentlicher Begebau-Unterstützungen aus Staatssmittel für das Jahr 1920. Das Gesuch der Gemeinde Rüdenhain für die Erweiterung des Rittergutes Reichstädt mit der Gemeinde dabei und die Nachfrage zu den Gemeindeverordnungen für Raundorf und Rallau. Genehmigung fanden weiter die Konzessionsgesellschaft Mendes-Bärens-Hausdorf, Jule-Possendorf, Höhendorf-L., Pargers-Rüdenhain sowie Rothers-Burkersdorf und Olof Ziemers-Georgensfeld.

Währenddem schneiderte Rose fleißig weiter.

„Lassen Sie vorab und die Reisekosten!“ wie derholte Wildecke. „Und wenn Gott den Schaden befreite, ist am Ende die ganze Sache Schwindel und wir haben das Nachsehen! Aber mit den acht hundert Mark, die der Tigel-Eden für die Goldkassette zahlen will, kommen wir nicht weit. Und dann müssen wir Hotte noch die Hälfte abgeben - wenigstens hundertfünfzig Mark.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch noch Geld schuldig.“

„Das stimmt. Er ist mir auch

Mitgefe. Trotz des ungemein gefährlichen Geburts kranken heilige gleichzeitige Erhöhung der Einschümen die Ergebnisse im Vergleich zum Vorjahr doch nur unerheblich erhöht werden.

Schöne Nachrichten.

Die Königregentin von Montenegro.

San Remo, 15. März. (Siegert) Prinz Danilo von Montenegro hat zu Gunsten des Prinzen Michael, eines Sohnes des verstorbenen Prinzen Mirko, abgesetzt. Königin Milena hat die vorläufige Regierungskraft übernommen und eine Proklamation an das montenegrinische Volk gerichtet, in der sie erklärt, sie werde jetzt die Rechte der Montenegriner verteidigen. Die Konsulatskasse habe sie San Remo gewählt.

Das Königreich Montenegro wurde bekanntlich 1918 dem Süßlandischen Staate einverlebt. Gegen diese Besetzung haben aber seitdem ständig Aufstände der Montenegriner, die ihre Unabhängigkeit wiederherstellen wollen. Dass sie dabei in erster Linie von ihrem Fürstentum unterstützt werden, das nach der österreichischen Invasion nach Frankreich geschlossen war und jetzt nach San Remo übergeschoben ist, beweist der Rat der Königswitwe Milena.

[Die Rheinflotte der Feinde.]

Rheims, 15. März. Die auf dem Rhein zwischen Düsseldorf und Duisburg patrouillierende französische Rheinflotte wird von 6 auf 10 bewaffnete Schiffe erhöht. Unweit Duisburg liegen 6 alliierte Kanonenboote auf dem Rhein.

Der sächsische Finanzminister lehnt die Kinderzulagen für die Beamten ab.

In einer der letzten Vollzügungen des Bandes war es bekanntlich einer bürgerlichen Zusammensetzung gelungen, gegen den Willen der sächsischen Regierung und der sozialistischen Regierungsmehrheit einen Beschluss durchzubringen, der die bürgerlichen Staatsbeamten mit denen des Reiches in Bezug auf die Kinderzulagen gleichstellt. In der Dienstauslegung des Haushaltsauschusses A im Bande erklärte nun der sozialdemokratische Finanzminister Heldt, dass er sich diesen Zusammenstellungen widersetzen würde. Er deutete an, dass er beim Finanzministerium veranlassen werde, die Vorlage dem Bande zur nochmaligen Beschlussfassung zurückzugeben zu lassen. Sollte bei dieser zweiten Behandlung der Angelegenheit ein anderer Beschluss im Bande nicht gestanden kommen, sei damit zu rechnen, dass von sozialdemokratischer Seite die Kinderzulage zum Gegenstand eines Vollsitzes gemacht werden würde. Andeutungen sozialdemokratischer Abgeordneter sind in dieser Richtung bis jetzt gemacht worden. Die Feststellung der sozialdemokratischen Parteien und des sozialdemokratischen Finanzministers wird in Beamtentreffen einen großen Erregung hervorrufen. Es ist unter den Beamten schon sehr viel vermehrt worden, dass die in den beiden sozialdemokratischen Fraktionen vertretenen Lehrer die Gleichstellung der sächsischen Lehrer mit denen des Reiches in der Frage der Kinderzulage ablehnen haben. Zahlreiche bisher sozialdemokratische Beamte sind bereits an der vielgerühmten Beamtenfreundlichkeit der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit irre geworden.

ff. Preiselbeeren

empfiehlt

Bruno Hamann.

Zwerggrattler,
Hündchen, wachsam und studierhaft,
Nicht zum Verkauf
Gässerei Paulsdorf.

Ein Hahn
nicht gegen Henne
zu verkaufen
aber zu verkaufen
Rabenauer Str. 277 E.

Kinderwagen
zu verkaufen. Zu erfahren bei
Krause & Jäger, Schmiedeberg,
alte Schule.

Junge Zickeln
zu verkaufen
Niederböbel Nr. 11 d.

**Weiß- und
Düngekalk**
empfiehlt Richard Piepliš.

Träuerschleifen
bedruckt schnell die
Buchdruckerei Carl Jähne
in Dippoldiswalde

Suche für Kinderloren Haushalt
per 1. April oder 15. April 1921
ein ehrliches, sauberes, anständiges

Mädchen.

Lohn bis 100 M. Raffen frei.
Gute Verpflegung.

A. Knoll, Ingenieur,
Dresden-R., Holzhofgasse Nr. 1.

Kräftiges

Hausmädchen

bei böhem Lohn zum 1. April

geucht.

Hotel zum „Stern“,
Dippoldiswalde.

Büstenkarten C. Jähne

Schirme

werden in eigener Werkstatt
indemselbem repariert und neu be-
zogen. Auswahl in Grissen,
Säcken und Stoßen.

Carl Reichel
Schirmspezialgeschäft,
am Markt 21.

Als Geschenke zur Konfirmation:

Gesangbücher, Gedächtnisbücher,
Bilder, Rätselchen, Karten
in reichster Auswahl bei

Paul Quase

oder mit Wünschen, die uns am Tage unserer
Konfirmation in so reichem Maße bedacht werden
möchten, legen wir nur hierher allen unseren
liebenswerten Freunden.

Schmiedeberg, am 12. März 1921.

(Curt Wenzel und Frau Frieda
geb. Kästner.

Herzlichen Dank für die uns zur Vermählung
berehrten Geschenke und Glückwünsche.

Dipoldiswalde, 14.3.

Emil Franz und Frau,
geb. Kästner.

Für die anlässlich unserer Vermählung in so reichem
Maße uns dargebrachten Glückwünsche und
Geschenke danken wir auf das herzlichste zugleich
an Namen unserer lieben Eltern.

Ruppendorf, im März 1921.

Arthur Schäfer
und Frau Flora, geb. Göbel.

Vorzeige!

Metall - Arbeiter - Verband Dippoldiswalde.

Samstag 1/2 Uhr im Schützenhaus
öffentlicher Kunst - Abend

von Herrn C. de Georgi, Sejmja.

Die Ortsverwaltung.

Frischen Blumenohl

sowie sämtliche Grüngüter, desgl. ein Posten
grüner und geräucherter Speck (billig),
Ia. Kernseife, Doppelstück 4 St., Toiletteseife.

Markthalle Ewald Heimann.

Decken für die Industrie drückt Carl Jahre

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die
uns beim Begräbnis unserer guten Schwester und
Schwagerin

Wilhelmine Richter

durch Wort und Schrift, zahlreiche Blumenspenden
und ehrendes Geleit zur letzten Ruhestätte geteilt
worden sind, legen wir hierdurch allen unseren
herzlichsten Dank.

Reinhardtsgrimm und Maxen, den 13. 3. 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nach langen, schweren Zeiten verschied gestern abend
8 Uhr mein heiligsterter Gott, unser lieber, treu-
sorgender Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder,
Schwager und Onkel

Ernst Moritz Göhler

im 65. Lebensjahr.
Hennersdorf, Reicheneau und Überndorf,
am 15. März 1921.

Im tieflsten Trauer

Meta Göhler und Kinder.

Die Beerdigung findet Sonnabend mittag 12 1/2 Uhr

vom Trauerhaus aus statt.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Heute früh verschied sonst und ruhig nach längerem, mit großer Geduld
ertragtem Leiden, 7 Tage vor ihrem 20. Geburtstag, meine heiligste Frau,
unserer herzensgute und treujorgende Mutter, Schwiegermutter, Schwester,
Schwagerin und Tante

Bertha Kettner

geb. Wünschmann.

Schmiedeberg und Dippoldiswalde, 15. März 1921.

Im tieflsten Trauer
Hermann Kettner und Kinder
nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet Freitag den 18. März nachmittags 3/2 Uhr vom
Trauerhaus aus statt.



Um 12. März 1921 verstarb an den Folgen eines im
Kriegsgefangenen Lebens

Herr Polenschaffner

Kurt Krause

Wir stehen traurig an der Bahre dieses lieben, im besten Mannesalter
dahingeführten Mitarbeiters und werden ihm immer ein ehrendes Gedächtnis
bewahren.

Die Beamten und Helfer des Postamts Dippoldiswalde.